



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Titel: Keine Politik nach Kassenlage - keine Senkung der Steuerzuschüsse

Entschließungsantrag

Von: Dr. Thomas Lipp als Delegierter der Sächsischen Landesärztekammer
Dr. Klaus Reinhardt als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Dr. Bernd Lücke als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen
Angelika Haus als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 fordert die Bundesregierung auf, den Steuerzuschuss für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nicht weiter zu kürzen, solange die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen im Leistungsumfang der GKV enthalten ist.

Begründung:

Der Steuerzuschuss des Bundes dient der Finanzierung nicht originärer Aufgaben der GKV. Deren Kosten beziffert das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auf ca. 33 Milliarden Euro pro Jahr. Zugleich ist der Bundeszuschuss seit 2010 (15,5 Milliarden Euro) kontinuierlich gesunken. Angesichts des Überschusses im Gesundheitsfonds plant der Bundesfinanzminister für 2014 eine weitere Reduzierung des Betrages auf 10,5 Milliarden Euro.

Es ist der Solidargemeinschaft der gesetzlich Versicherten nicht zuzumuten, dass durch ihre Beiträge in zunehmendem Maße gesamtgesellschaftliche Aufgaben oder Aufgaben anderer Sozialversicherungszweige finanziert werden.

Grundsätzlich ist eine Gesundheitsversorgung nach Kassenlage, die das Vorgehen der Bundesregierung am Beispiel der Kürzung des Steuerzuschusses zur Sanierung der Staatsfinanzen sehr anschaulich zeigt, für die Ärzteschaft nicht akzeptabel.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0